

# Pulsnitzer Anzeiger

## Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Pf., bei Lieferung frei Haus 55 Pf. Postbezug monatlich 2.50 Pf. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsansgabe für Abholer täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlasssätze bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 4 - Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Blättern keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. - Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimteil, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderbeistand und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. - D. N. III.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 87

Mittwoch, den 13. April 1938

90. Jahrgang

# Daladier appelliert an die Nation

### Die Erklärung des neuen Kabinetts

Unter allgemeiner Spannung verlas der französische Ministerpräsident Daladier in der Pariser Kammer die Regierungserklärung des neuen Kabinetts, die gleichzeitig im Senat durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten Chaumet bekanntgegeben wurde. In der Erklärung appelliert die Regierung an die Vaterlandsliebe der Franzosen, auf daß die Forderungen möglichst bald ein Ende nehmen mögen. In außenpolitischer Hinsicht hebt die Erklärung hervor, daß Frankreich überakt dort gegenwärtig sein werde, wo es französische Interessen zu verteidigen gebe.

Die Regierungserklärung Daladiers beginnt mit den Worten: „Ein großes freies Land kann nur durch sich selbst gerettet werden.“ Die Regierung der nationalen Verteidigung, so heißt es dann in der Erklärung weiter, appelliert an das Parlament und die Nation für die Verteidigung der Freiheit, des Friedens und des Vaterlandes. Rund um Frankreich herum verbandele sich Europa, politische Regime brächen zusammen. Gewalttätige Völker seien von neuen Ideologien belebt. Staaten verschwänden, während neue Imperien aufgebaut würden. Die nationale Verteidigung greife daher heute über den Rahmen der militärischen Organisation hinaus. Alle finanziellen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme seien eng mit dem Problem der Sicherheit verbunden. Die nationale Verteidigung erfordere eine gesunde Währung sowie Finanzen, die nicht in sich selbst schon das Zeichen eines bald tödlichen Zusammenbruchs trügen.

Die nationale Verteidigung erfordere auch eine kräftige Wirtschaft. Sie sei unverträglich mit einer Verlangsamung oder einem Stillstand der Erzeugung ganz besonders in den Industrien, die für die Landesverteidigung arbeiten. Daher appelliere die Regierung an die Vernunft und an die Vaterlandsliebe der Arbeiter und Arbeitgeber. Erstere müßten sich darüber klar werden, daß die Forderungen in der Gesamtheit des Landes ein Unruhegefühl verbreiteten, das für das Regime der Freiheit genau wie früher in anderen Nationen vernichtend werden könne. Die Arbeitgeber müßten aufrichtig und ehrlich die Sozialgesetze anwenden.

Alle sozialen Konflikte könnten übrigens von jetzt ab im Rahmen des Gesetzes durch Schlichtungsmaßnahmen geregelt werden. Die Regierung werde darüber hinaus die Prüfung und die Annahme der Gesetzesvorlagen durch das Parlament beschleunigen, die das moderne Arbeitsgesetz vervollständigen. Die Regierung werde ohne Zeitverlust die Wiederaufnahme der Waffenerzeugung sicherstellen, die zur Sicherheit des Vaterlandes notwendig sei.

Die Landesverteidigung erfordere schließlich und vor allem die Verteidigung des Friedens. Die Regierung sei entschlossen, überall die Interessen Frankreichs und die Unantastbarkeit seines Imperiums zu verteidigen. Die Regierung werde es nicht hinnehmen, daß über den französischen Grenzen, über den Verbindungswegen und den Kolonien Drohungen lasteten.

Die Regierung werde es auch nicht zugeben, daß ausländische Einflüsse oder von unerwünschten Ausländern hervorgerufene Agitationen die vollständige Entscheidungsfreiheit des Landes beeinträchtigen könnten. Ob es sich darum handle, die Freundschaften enger zu gestalten oder die Freundschaften zu allen Völkern und Völkern, die Frankreich abgeschlossen habe, zu bezeugen, ob es sich schließlich um eine Teilnahme an gerechtfertigten Verhandlungen handle, so sei es unerlässlich, den Zusammenhalt aller nationalen Energien zu sichern.

Frankreich wolle den Frieden mit allen Völkern, gleichgültig, welches ihr politisches Regime sei. Es wolle den Frieden in der Achtung vor dem Recht und nicht in einer Art Abkantung Frankreichs, die den Aufstieg zur Dienstbarmachung des Landes darstellen würde. Für das Werk des öffentlichen Wohles appelliere die Regierung an die französische Brüderlichkeit, die stets das Wohl des Vaterlandes gewährleistet habe. Die Stunde sei gekommen, in der bewiesen werden müsse, daß Frankreich allen Gefahren, die es bedrohten, gegenüberreten könne.

### Mit großer Mehrheit gebilligt

Die Regierungserklärung wurde in der Kammer von den Radikalsocialisten bis zur Rechten mit starkem Beifall angenommen. Die Sozialdemokraten und die äußerste

Linke übten Zurückhaltung. Die nach kurzer Pause vorgenommene Abstimmung über die Regierungserklärung ergab eine überwältigende Mehrheit für die Regierung, die dieser Abstimmung die Bedeutung einer Vertrauensentscheidung beimißt. Die Sozialdemokraten legten allerdings Wert auf die Feststellung, daß die Abstimmung noch nicht eine Billigung des Ermächtigungsgesetzes bedeute.

### Vollmachten bis zum 31. Juli

Das Hauptinteresse des französischen Parlaments richtet sich auf den Finanzgesetzentwurf, in dem die Regierung Daladier für die Erfordernisse der nationalen Verteidigung und der Wiederaufrichtung von Finanzen und Wirtschaft die Zuerteilung von Vollmachten bis zum 31. Juli verlangt. Die erlassenen Notverordnungen sollen den beiden Kammern des Parlaments spätestens bis zum 31. Dezember 1938 zur Bestätigung vorgelegt werden.

In der Begründung des Finanzgesetzentwurfes der Regierung Daladier wird u. a. festgestellt, daß das Schahamt bis Ende des Jahres mit einer Gesamtlast von 35 Milliarden Franken fertig werden müsse. Die Regierung sei sich darüber klar, daß diese Lage hauptsächlich der wirtschaftlichen Entwicklung und dem ständigen Anwachsen der Ausgaben für die Verteidigung zuzuschreiben sei. Sie sei der Ansicht, daß eine Reihe von Maßnahmen, die einen sofortigen Erfolg zeitigen könnten, auf dem Verordnungsweg verwirklicht werden müßten. Dabei handele es sich um die Wiederherstellung des Einheitshaushaltes, die Verbesserung der Handelsbilanz und die Erhöhung der Staatsrenten mit Hilfe eines maßvollen Steuerauswandes. Ferner bleibe ein Rückgreifen auf den Kredit notwendig. Die Regierung sehe die Möglichkeit vor, von der Bank von Frankreich eine neue Erhöhung ihrer Vorzuschußfähigkeit in dem Staat gegenüber bis zur Grenze von 10 Milliarden Franken zu verlangen.

In einzelnen plant die Regierung u. a. eine Sonderabgabe für alle Rüstungsunternehmen, die Revision der Zolltarife, die Unterdrückung von Schmuggelwirtschaft und Schleichhandel sowie die Erhöhung der Steuern für die Nutznießer von Monopolen. Außerdem wird auf die Möglichkeit verwiesen, daß die Regierung die Ausgabe einer Anleihe vornehmen könne, wenn die Vorläufe zur Deckung der Bedürfnisse des Schahamtes nicht ausreichen sollten.

### Bezeichnende Kampfmethoden

#### Bewußte grobe Fälschungen des „Daily Herald“

Der marxistische „Daily Herald“ in London veröffentlicht in sensationeller Aufmachung eine Meldung, wonach angebliches geheimes Aktenmaterial Schuschnigg und gewisse Dokumente durch einen Vertrauensmann Zernattos nach England gebracht worden sei. Unter diesen Papieren befände sich auch eine Instruktion an die Nationalsozialisten in Südtirol. Es wird sogar die Behauptung aufgestellt, daß hierbei sich Briefe des Führers befänden, die sich auf die nationalsozialistische Bewegung in Oesterreich bezögen.

Bei der obigen Veröffentlichung handelt es sich um bewußte und grobe Fälschungen; solche Briefe des Führers existieren ebensowenig wie etwa Anweisungen von Parteistellen nach Südtirol. Das Vorgehen des marxistischen Blattes kann nicht scharf genug an den Pranger gestellt werden. Es handelt sich um eine Brunnenvergiftung der übellen Art, die ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Kampfmethoden gewisser Gegner des Nationalsozialismus im Ausland wirft.

### Einigkeit und Arbeit

Das deutsche Volk hat gesprochen. Zum erstenmal in seiner Geschichte das ganze deutsche Volk! In einer für alle Zeiten beispiellosen Einigkeit hat es sich zu seinem Reich und zu seinem Führer bekannt. Was wollen die 452 180 Nein-Sager gegenüber der Tatsache bedeuten, daß 47,596 Millionen zur Wahlurne gegangen sind und daß 99,02 v. H. aller gültigen Stimmen für den Führer und sein Reich abgegeben worden sind. Man braucht nur an die parlamentarischen Wahlen der Kampfzeit zurückdenken, in denen die „Partei der Nichtwähler“ sehr oft die stärkste gewesen war, d. h. die Partei der politisch Uninteressierten, die da glaubten, es ginge sie nichts an, wie und von wem die Geschicke von Volk und Staat geleitet würden. Sie ist nicht mehr da, oder vielmehr alle diese ehemaligen Nichtwähler sind heute treue Anhänger des Führers, die da kommen, wenn er sie ruft. Am großartigsten hat sich das im Lande Oesterreich selbst offenbart. Gegen dieses Bekenntnis Oesterreichs zum Reich gibt es keinen Einwand mehr. Alle Versuche, es zu leugnen, müssen kläglich verkommen. Deutschland ist einig. Das ist die große historische Bedeutung dieser Wahl für unser Volk.

Sie besitzt aber auch eine historische Bedeutung für die Welt. Denn 75 Millionen zu einem einzigen geschlossenen Block im Herzen Europas zusammengeschwemmte Deutsche bedeuten eine Macht, um die niemand mehr herum kann. 75 Millionen Deutsche, die wach und aufmerksam das Geschehen der Zeit verfolgen, sie sind ein weltpolitischer Faktor allerersten Ranges.

Die politische Bedeutung der Abstimmung wird auch von dem größten Teil der ausländischen Presse anerkannt. So schreibt der Berliner Berichterstatter der Pariser „Information“ u. a.: Das Ergebnis ist so deutlich, daß jeder Kommentar überflüssig erscheint. Das hundertprozentige Ja des deutschen Volkes bedeute gleichzeitig ein hundertprozentiges Nein gegenüber der internationalen Hegemonie, die zwar den Weltkrieg gewann, den Frieden jedoch verlor. Die vergangenen fünf Jahre sind geeignet, die Nationen der Welt davon zu überzeugen, daß das neue Deutsche Reich einfache und klare Worte benutzte. Wenn es Frieden sagt, so bedeutet das auch Frieden, und wenn es jede Möglichkeit eines Kompromisses mit dem Volksgewissens ausschlägt, so muß sich dem jeder anschließen, der in Wahrheit den Frieden der Völker wünscht.

Die ungarische Presse hebt hervor, daß Deutschland mit diesem Abstimmungsergebnis allen feindlichen Kräften zum Trotz den Weltkrieg gewonnen habe. Das Regierungsblatt „Függetlenseg“ betont die in der Weltgeschichte einzig dastehende geradezu majestätische Einheit und Geschlossenheit der Nation. Der nationalböhmische „Uj Magyarlag“ bezeichnet Deutschland als die geeinteste und geschlossenste Nation Europas.

Das einige Deutschland aber hat eine Zukunft und wird niemals darauf verzichten. So ist politisch dieses Bekenntnis zum großen Reich der Deutschen ein weltgeschichtliches Ereignis. Vor dieser politischen Bedeutung tritt alles andere zunächst zurück. Eines aber sollte die Welt dabei nicht übersehen. Das Bekenntnis Deutschlands zu Volk, Reich und Führer ist gleichzeitig ein Bekenntnis zur Arbeit gewesen. Denn nichts hat auf den jahrelang verhetzten Arbeiter Oesterreichs mehr gewirkt als die Tatsache, daß in den wenigen Wochen seit dem Sturz Schuschnigg von Adolf Hitler mehr für die Befreiung der Arbeitslosigkeit getan worden ist als in Jahren vorher. Als nach der Machtübernahme 1933 die ersten, nach parlamentarischen Wahlen in Deutschland stattgefunden, da wußte der deutsche Arbeiter noch nicht so klar wie jetzt der Arbeiter im Lande Oesterreich, daß Nationalsozialismus Arbeit heißt. Da zweifelte man noch am Gelingen

